

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 15. November 2021; Bericht

Am 15. November 2021 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Westbalkan und Sahel.

Unter dem Tagesordnungspunkt Laufende Angelegenheiten wurden Belarus, Sudan, Äthiopien, Türkei/Varosha, Lateinamerika sowie Somalia angesprochen.

In der Diskussion um Belarus hat mein Amtsvorgänger Michael Linhart die inhumane Instrumentalisierung von Migrantinnen und Migranten durch Belarus verurteilt und seine volle Solidarität mit Polen, Litauen und Lettland ausgedrückt. Weiters hat er Österreichs Unterstützung für das fünfte Sanktionenpaket in Verbindung mit effektivem Außengrenzschutz und Druckausübung auf die Herkunfts- und Transitstaaten betont.

In Bezug auf den Westbalkan hat mein Amtsvorgänger angeregt, die Region öfter im Rahmen des RAB zu thematisieren. In diesem Zusammenhang hat er auch auf seine Reisen nach Sarajewo, Skopje und Tirana verwiesen. Ursächlich für die wachsende Desillusionierung und Instabilität in der Region sei vor allem der ins Stocken geratene Beitrittsprozess. Insbesondere die Situation in Bosnien und Herzegowina erfordere verstärkte Aufmerksamkeit der EU sowie enge Zusammenarbeit mit den USA. Zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Westbalkanstaaten hat er auf die gemeinsamen Vorschläge Österreichs, Tschechiens und der Slowakei verwiesen.

Gemeinsam mit anderen EU-Mitgliedsstaaten hat mein Amtsvorgänger in der Diskussion zur Sahelzone Offenheit für die Vorbereitung eines Rechtsrahmens für restriktive Maßnahmen betreffend die Behinderung des Übergangsprozesses in Mali signalisiert,

dabei aber auch eine Analyse zu möglichen Auswirkungen dieser Maßnahmen, insbesondere auf GSVP-Missionen, gefordert. In diesem Zusammenhang hat er auch auf die Übernahme des Kommandos der EU-Ausbildungsmission Mali durch Österreich im ersten Halbjahr 2022 verwiesen. In Bezug auf die weitere Sahelregion hat er sich gemeinsam mit anderen EU-Mitgliedstaaten für eine Stärkung der zivilen Strukturen, eine Verbesserung der lokalen Regierungsführung und einen gesamthaften politischen Ansatz zur Lösung der Krise im Sahel ausgesprochen.

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zur sechsten Überprüfungskonferenz des Übereinkommens über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen sowie zur zehnten Überprüfungskonferenz des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen an.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

21. Jänner 2022

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister